

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Krieg wäre Wahnsinn

(spk) Der libysche Revolutionsführer Muammar el Gaddafi glaubt, dass ein Golfkrieg vermieden werden kann. Am Dienstagabend hat er in Tripolis einen arabischen Mini-gipfel aus den Staatschefs Ägyptens, Syriens und Libyens vorgeschlagen, der eine Lösung aus der Krise suchen soll. Ein Krieg im Persischen Golf wäre Wahnsinn, sagte er gegenüber dem französischen Sender «Europé 1».

Bulgaren ohne Benzin

In dem mit schweren Energieengpässen kämpfenden Bulgarien ist der Verkauf von Benzin bis zum 16. Januar gestoppt worden. Das berichteten die Zeitungen am Mittwoch in Sofia unter Berufung auf die staatliche Monopolfirma «Petro». Nur der öffentliche Personennahverkehr, Krankenwagen und LKWs für Lebensmitteltransporte können in dieser Zeit mit Benzin rechnen.

Neue Verfassung für Ghana

Ghanas Staatschef Jerry Rawlings hat der Bevölkerung seines Landes bis Ende dieses Jahres eine neue Verfassung in Aussicht gestellt. Derzeit werde der Entwurf von Experten ausgearbeitet, erklärte das seit einem Militärputsch vor neun Jahren regierende Staatsoberhaupt in seiner Neujahrsansprache. Ausserdem sollen die Bewohner Ghanas wieder Ausweise erhalten.

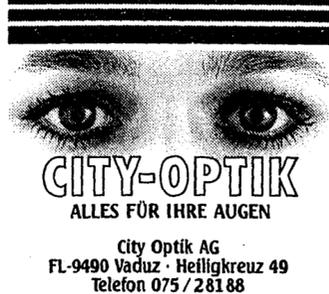
Neuer Rekord von Asylgesuchten

Basel (spk) Die Asylpolitik wird in der Schweiz das innenpolitische Thema Nummer eins des neuen Jahres bilden. Dies hat Regierungsrat Karl Schnyder am Mittwoch bei einer Medienkonferenz des baselstädtischen Polizei- und Militärdepartements erklärt. Die Basler Empfangsstelle für Asylbewerber wird auf eine Kapazität von 300 bis 700 Personen ausgebaut.

Keine akuten Unterbringungsprobleme hat Basel-Stadt im Gegensatz zu anderen Kantonen mit den Asylbewerbern, welche ihm vom Bund neu zugewiesen werden. Im vergangenen Jahr waren es 791 Personen, 2,3 Prozent der total rund 35 000 neuen Asylgesuche – das heisst viel weniger als vor dem Inkrafttreten des Verteilungsschlüssels unter den Kantonen.

Nass und grau ins neue Jahr

Zürich/Bern (AP) In den ersten Tagen des neuen Jahres ist das Wetter das alte geblieben: Grauer Himmel, Regen und Schneefälle begleiteten die Menschen in der Schweiz ins 1991. Offensichtlich wirkte sich dies dämpfend auf das Verkehrsgeschehen aus. Polizei und SBB meldeten ein mässiges Verkehrsaufkommen. Dennoch kam es zu gravierenden Verkehrsunfällen. So wurden an Silvester und Neujahr vier Fussgänger von Automobilisten angefahren, drei starben an den erlittenen Verletzungen.



CITY-OPTIK
ALLES FÜR IHRE AUGEN

City Optik AG
FL-9490 Vaduz · Heffligkreuz 49
Telefon 075 / 281 88

Unsere UNO-Glaubwürdigkeit mit Solidarität unter Beweis stellen

Der Liechtensteinische Entwicklungsdienst (LED) schliesst seine Kampagne zum 25jährigen Jubiläum ab – Konkurrenz durch Osthilfe

(G.M.) – Der Liechtensteinische Entwicklungsdienst (LED) hat vor wenigen Tagen zum Abschluss der Informationskampagne zum 25jährigen Jubiläum an mehreren Standorten alle fünf eindrucksvollen Bilder gleichzeitig aufgestellt. Die Öffentlichkeit soll noch einmal auf die Notwendigkeit der Hilfe für die Armen dieser Welt, insbesondere in der Dritten Welt, aufmerksam gemacht werden. Diese Hilfe aber hat zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen schweren Stand, da die Hilfe für die Entwicklung des europäischen Ostens in den Vordergrund getreten ist.

Mit ihrer Plakataktion wollten die Verantwortlichen für den Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) auf die Würde des Menschen hinweisen, egal ob reich oder arm. Die aussagekräftigen Plakate werben nun nochmals gemeinsam für die Solidarität mit den armen Menschen in der südlichen Hemisphäre, die unter der Unterentwicklung, teilweise unter Fehlentwicklungen sowie der Verteuerung der Ölpreise und der Last ihrer Schulden zu leiden haben. «Unsere Solidarität muss viel weiter gehen, viel umfassender sein», meinte Marie-Louise Eberle, Präsidentin des Liechtensteinischen Entwicklungsdienstes (LED), bei der Vorstellung eines Plakates.

Konkurrenz aus dem Osten

Die Entwicklungspolitik der Industrieländer hat in den vergangenen Jahrzehnten einen starken Wandel durchgemacht.

In den sechziger Jahren noch prägte die Vorstellung, dass wirtschaftliches Wachstum die entsprechende Entwicklung nach sich ziehe, die Entwicklungspolitik. Erst in den siebziger Jahren setzte sich die neue Strategie durch, das Wirtschaftswachstum gerechter zu verteilen und vor allem die Förderung der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung zum Ausgangspunkt der Hilfe durch die Industrieländer zu machen. Mit der Umwandlung im Osten Europas allerdings erwuchs in jüngster Zeit der Entwicklungshilfe für die Dritte Welt eine Art Konkurrenz, die auch in unserem Land spürbar geworden ist. Im Landtag wurde ein Antrag des FDP-Abgeordneten Georg Schierscher, die staatliche Entwicklungshilfe im Jahre 1991 trotz Sparanstrengungen zu erhöhen, vor allem mit dem Hinweis abgelehnt, der Staat leiste neben der traditionellen Entwicklungshilfe für die Dritte Welt auch einen erheblichen Beitrag für die Entwicklung im Osten. In einem Bericht hatte die Regierung im Frühsommer 1990 die Hilfe für den Osten dargelegt, und der Landtag stimmte in der Folge den Anträgen der Regierung um Beteiligung Liechtensteins am EFTA-Entwicklungsfonds für Jugoslawien sowie dem Beitritt zur Europäischen Bank für



Der Liechtensteinische Entwicklungsdienst (LED) hat seine Plakate, die während des Jubiläumjahres 1990 an verschiedenen Orten mit fünf wechselnden Sujets gezeigt wurden, derzeit auch vor dem Regierungsgebäude aufgestellt. Unser Bild zeigt die fünf Plakate, die auf die Solidarität mit den ärmsten Bevölkerungskreisen hinweisen sollen, als Blickfang vor dem Regierungsgebäude.

(Bild: Beat Schurte)

Wiederaufbau und Entwicklung (BERD) zu.

Ablehnung im Landtag

Angesichts der angespannten Finanzlage des Staates hatte der FDP-Abgeordnete Georg Schierscher mit seinem Antrag, den Staatsbeitrag an die Entwicklungshilfe stärker zu erhöhen, wenig Chancen im Landtag. Eine Anhebung um eine halbe Million Franken hätte nach seiner Berechnung ungefähr einem Prozent des budgetierten Ertrags der Landesrechnung entsprochen und hätte unser Land näher an die Empfehlungen internationaler Organisationen geführt, die einen Solidaritätsbeitrag von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes oder 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes vorgeben. Da diese Zielgrössen in unserem Land nicht erhoben werden, sondern nur geschätzt werden können, hat man sich auf einen Anteil an den Ausgaben des Staates oder den Erträgen festgelegt. Obwohl Landtagsvizepräsident Josef Biedermann zur Unterstützung des Antrags von Georg Schierscher erwähnte, wir müssten «unsere Glaubwürdigkeit als Mitglied der Vereinten Nationen auch durch die Solidarität den armen und benachteiligten Staaten gegenüber unter Beweis stellen», erhielt die Erhöhung der Entwicklungshilfegelder keine Mehrheit im Parlament.

Massgeblich für die Ablehnung war, wie Regierungschef Hans Brunhart in einer Stellungnahme erwähnte, die Hilfe für den Osten. Angesichts dieser finanziellen Hilfestellung glaubte der Landtag die Hilfe für die ärmsten Bevölkerungskreise auf der südlichen Halbkugel nicht erhöhen zu können.

Hilfe zur Selbsthilfe

Aus Kreisen des Entwicklungsdienstes verlautete, dass dem Vorgehen des Landtags wenig Verständnis entgegengebracht werden könne, zumal unser Land zu den reichsten Ländern der Welt gehöre. Dem LED stehen in diesem Jahr damit 3,5 Mio. Fr. vom Staat zur Verfügung. Die staatlichen Gelder werden gemäss den LED-Zielsetzungen für «Hilfe zur Selbsthilfe» eingesetzt, wie es in den Richtlinien des LED heisst: «Entwicklungshilfe ist Hilfe zur Selbsthilfe. Durch die Entwicklungshilfe soll die Bevölkerung in der Dritten Welt in die Lage versetzt werden, die Lebensverhältnisse aus eigener Kraft zu verbessern.» Bei der Gewährung der Entwicklungshilfe geht der LED davon aus, dass der grösste Teil der zur Verfügung stehenden Mittel direkt in Entwicklungsländern zum Einsatz gelangt. Entwicklungshilfe erfolgt in Form von technischer Entwicklungshilfe, als humanitäre

Hilfe zur Ueberwindung der Folgen von Naturkatastrophen und von bewaffneten Konflikten sowie als projektgebundene Finanzhilfe.

Mit der Plakataktion, die derzeit ihren Abschluss findet, versuchte der LED in seinem Jubiläumjahr zum 25jährigen Bestehen auf die Notwendigkeit der Entwicklungshilfe aufmerksam zu machen. Die Hinweise auf die Würde der Menschen auch unter ärmlichen Verhältnissen sollten an die Verantwortung und an die Solidarität aller appellieren.

US-Wirtschaft in der Rezession

Washington (spk/dpa) US-Präsident George Bush hat erstmals eingeräumt, dass sich «einige Bereiche» der amerikanischen Wirtschaft in einer Rezession befinden. In einem Fernsehinterview lehnte Bush am Mittwoch zugleich kurzfristige Ausgabenprogramme der Regierung ab, um die Wirtschaft anzukurbeln.

Bush sagte, das Land befinde sich wirtschaftlich in einer Schwächeperiode, «wenn nicht gar einer Rezession. In einigen Bereichen befinden wir uns eindeutig in der Rezession». Er sagte voraus, dass sie «mild» sein und «nicht allzu viele Monate» dauern werde. In einem anderen TV-Interview meinte auch der Wirtschaftsberater des Weissen Hauses, Michael Boskin, dass die Rezession «relativ kurz» sein werde. Boskin machte die Golfkrise für das Ausmass der Wirtschaftsprobleme verantwortlich. In den USA sind vor allem die Auto- und Bauindustrie in Absatzschwierigkeiten.

St.Galler Regierung für Zwischenlager

St.Gallen (spk) Die St.Galler Regierung unterstützt die Errichtung eines Zwischenlagers für radioaktive Abfälle aller Stufen in Würenlingen/AG. Da in Zukunft atomare Abfälle nicht mehr exportiert und im Ausland entsorgt werden könnten, sei ein solches zentrales Zwischenlager notwendig, begründen die St.Galler in ihrer Vernehmlassung an die Bundesbehörden.

Auch das Gewerbe rechnet mit einer Abschwächung

Die Binnenwirtschaft mit einem skeptischen Ausblick in das neue Jahr 1991

(G.M.) – Die Abschwächung der Konjunktur, wie sie bereits in den letzten Monaten sichtbar wurde, macht auch nicht vor dem einheimischen Gewerbe halt. Beat Marxer, Sekretär der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, rechnet für 1991 mit einem Rückgang im Baugewerbe. Allerdings sind noch Arbeitsvorräte aus den bewilligten Bauvorhaben vorhanden, so dass die Abschwächung mit einer Verzögerung eintreten wird.

Nach Angaben von Beat Marxer, Sekretär der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, ist die derzeitige Wirtschaftssituation mit jener zu Beginn der siebziger Jahre zu vergleichen, als ebenfalls hohe Zinskosten, Inflation und ein Teuerungsschub für das Baugewerbe eine Wachstumsabschwächung bewirkten. Nach seiner Voraussage dürfte der private Wohnungsbau im neuen Jahr infolge der hohen Zinskosten stagnieren. Die öffentlichen Bauaufträge vermögen nach seiner Prognose nur in begrenztem Ausmass die Auftragsrückgänge der Privaten zu kompensieren. Während das Bauhauptgewerbe die Auftragsrückgänge sogleich zu spüren

bekommt und sich nach Ansicht von Beat Marxer eine rasche Anpassung an die veränderten Umstände aufdrängt, dürfte das Ausbaugewerbe noch einige Zeit von den Arbeitsvorräten zehren können. Die Abschwächung wird in diesem Wirtschaftszweig erst mit Verzögerung wirksam werden.

Unverändert einer schwierigen Situation sieht sich der einheimische Detailhandel gegenüber. Die Konkurrenz durch die Grossverteilungsgeschäfte in der Nachbarschaft hält unvermindert an, womit in den letzten Jahren zahlreiche Ladengeschäfte, insbesondere der Lebensmittelbranche, verschwunden

sind. Diese Situation stellt vor allem ältere Personen, die nicht über die Mobilität der jüngeren Generation verfügt, vor grosse Probleme. Der liechtensteinische Detailhandel bemüht sich zwar mit Werbeaktionen, zum vermehrten Einkauf im eigenen Land anzuregen, doch scheint der Erfolg nicht von allzu grossem Ausmass zu sein. Hingegen konnte sich generell der Detailhandel auf einer Spezialisierungsstufe etablieren und behaupten.

Das Interview mit Beat Marxer, dem Sekretär der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, das sich auch mit europäischen Fragen befasst, lesen Sie auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.